

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatl. 10 M., durch Boten bezogen monatl. 11 M., bei Postbezug monatl. 11,50 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto Bezahlg. 18 654. Geschäftsstelle Döllnerstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Saep. Willim. Zeitraum 60 Pf. und der Saep. Willim. Restamericaum M. 3.— Die laufende Monatsausgabe mit dem Bezüge auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit M. 7.50 im Jahrgang genommen. Abfertigung 75 Pf. Porto bei Fern-Anzeigen täglich 11 Uhr vorm. Fernsp. 100. Belegnummer Nr. bezogen.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Walsch.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 10.

Donnerstag, den 12. Januar 1922.

162. Jahrgang.

Die Cannes-Konferenz vor dem Scheitern?

Briand nach Paris abgereist. — Französische Kadrier als Hinternis einer Verständigung.

Die Opposition in Paris.

Vor einer Kabinettskrise?

Briand ist gestern nachmittags zur Information seiner Ministerkollegen für einen Tag nach Paris gereist. Er wird ihnen den Vorentwurf eines englisch-französischen Abkommens übergeben den Lloyd George ihm überreicht hat. Briand wird heute in der Pariser Kammer sprechen.

Dureau, der Vorsitzende der republikanischen Kamergruppe hat an den Ministerpräsidenten geschrieben: „Die Zeitung der republikanischen Kamergruppe müßte ohne Bezug die Eintreibung der französischen Forderungen an Deutschland durchgeführt zu sehen. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Kammer niemals die neuen Konzeptionen in der Form eines Memoratoriums auf Kosten Frankreichs oder Belgiens seinen englischen Verbündeten bestätigen wird und daß kein Projekt eines englisch-französischen Bündnisses so nützlich es auch der anderen Nation sein kann, irgendeinen Bericht in der Reparationsfrage oder irgendeinen Bericht auf irgendeine Weise in dem Vertrag begründete Garantien, insbesondere der territorialen Sicherheiten fordern darf.“

Briands unerwartete Abreise bedeutet eine empfindliche Schwächung der Konföderation. In den Konföderationstreifen ist man der Ansicht, daß es Briands persönlichen Eigenschaften gelte, der in seiner Abwesenheit ausgesprochenen mißtrauischen und sachmangelhaften Kritik Herr zu werden, zumal da man annimmt, daß es sich in der Hauptfrage um ein Wirtschaftshandeln handelt. — Sollte es darum in Paris zu einer Kabinettskrise kommen, was jedenfalls nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, so müßte damit gerechnet werden, daß die Konferenz ohne Einigung in der Reparationsfrage abgebrochen werde. Diese Perspektive wurde angesichts des unmittelbar bevorstehenden Termins des 15. Januar für Deutschland folgen herbeiführen, die im Augenblicke noch nicht zu übersehen seien.

Die Forderungen des französischen Ministerkrets.

Die Abreise berichtet, es scheint, daß man sich in der gestrigen Ministerkonferenz, in der Briand persönlich interveniert habe, sich folgende Grundlinien gegnigt habe:

1. Keine Herabsetzung der Schuldforderung zugulasten.
2. Nicht auf die Befreiung des linken Rheingebiets zu verzichten.
3. Alle Rechte Frankreichs auf wirtschaftliche und militärische Sanktionen aufrecht zu erhalten, wenn die Umstände es erforderten.

Doch wieder „Sanktionen“.

Die halbamtliche Bekanntgabe der Bedingungen, unter denen Deutschland das Memorandum bewilligt wird, enthält noch folgenden Zusatz: Die Forderungen für die Zahlungen müssen fixiert werden. Im Falle des Versäumnisses der Forderungen werden Sanktionen festgesetzt und die Totalsumme von zwei Milliarden Goldmark wird gefordert.

Deutschland wird nach den zuletzt vorliegenden Vorschlägen, die mit großer Wahrscheinlichkeit vom Obersten Rat den Deutschen als bindend vorgelegt werden, die 720 Millionen Goldmark am 15. April 1922, 150 Millionen Goldmark am 15. Juni 1922, 200 Millionen Goldmark am 15. September 1922 und 220 Mill. Goldmark am 15. Dez. 1922 zu zahlen haben.

Frankreichs „Erfüllungs“-Vorschläge.

England widerpricht auch hierin.

Die Franzosen sind bemüht, eine Zwangsverfassung des deutschen Eigentums in irgendeiner Form in die Bedingungen für die Reparationszahlungen zu verflechten. Sie schlagen vor, die Rückübertragung der den deutschen Konföderationstreifen gehörenden im Auslande befindlichen Devisen nach Deutschland auf folgende Weise zu erzwingen: Die dem deutschen Großkapital gehörenden Fabriken, Geschäftsbauwerke und Bankhäuser sollen konfisziiert und solange den Reparationszahlungen verpfändet bleiben, bis die Besitzer sie mit ihrem im Auslande befindlichen Devisen auslösen. Von britischer Seite wurde diesem Vorschläge mit der Erklärung begegnet, daß eine solche Maßnahme nur zur Beseitigung hochwertiger Produktionsmittel führen und keine Verbesserung bringen würde. Großbritanien habe selbst erfahren,

daß es trotz seiner guten Bilanz den Abfluß bedeutender Kapitalien nach Holland nicht verhindern konnte.

Schluss!

Während der Unversehrtheit Briands in Paris wird Lloyd George den Verhandlungen des Obersten Rats in Cannes präsidieren. — Vor der Abreise erklärte Briand Journalisten, er habe bei seiner Ankunft in Cannes nicht geglaubt, daß die Verhandlungen einen so glänzenden Verlauf nehmen würden. Er sei vollkommen beseligigt. Alles sei im besten Gange.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet dagegen: In politischen Kreisen herrscht große Erregung. Die Entwicklung in den letzten Tagen gibt zu der Befürchtung Anlaß, daß eine französisch-englische Reise in der Luft liegt. Selbst die Freunde und Anhänger Briands sehen mit Besorgnis in die nahe Zukunft.

Ein Sieg Frankreichs in der Kohlenfrage.

Deutschland muß zum Inlandspreise liefern.

Der französische Vertreter auf der Konferenz von Cannes hat in Bezug auf die Berechnung der deutschen Kohlenlieferungen eine neue Entscheidung herbeigeführt. Es wurde beschlossen, daß die von Deutschland gelieferten Reparationskohlen auch in Zukunft nach dem deutschen Inlandspreise berechnet werden sollen.

Die deutsche Delegation in Cannes.

Die deutsche Delegation ist in Cannes eingetroffen und am Bahnhof von den Kabinettschefs Briands und Voucheurs empfangen worden. — Reines der deutschen Delegationsmitglieder war für die Vertreter der deutschen und ausländischen Presse bisher zu sprechen.

Wie Havas meldet, wird der Oberste Rat heute vormittag 11 1/2 Uhr die deutsche Delegation anhören. Man vermutet, daß sie auch am Freitag noch angehört werden muß.

Verlegung der Garantiekommmission nach Berlin.

Nach einer Meldung des „Journals des Debats“ wird die allerte Garantiekommmission bereits am 1. Februar nach Berlin verlegt. Sie wird mit den erforderlichen Hilfskräften 120 Personen zählen. Die Kosten für die Kommission trägt Deutschland. (Natürlich.)

Niederlage des Aja-Bundes in Berlin.

Seine Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Die Wahlen für die Vertrauensmänner und Ersatzleute der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erndete in Berlin mit einer Niederlage des Aja-Bundes. Diese erhielt 21 558 Stimmen gegenüber 31 048 Stimmen der übrigen listenmäßig verbundenen Verbänden. Hiermit ist der Gedanke einer Verschmelzung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung hinfällig geworden.

Die Kohlenverhandlungen mit der Regierung.

Gestern vormittag wurden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Beamtensoldforderungen fortgesetzt. Zunächst wurden Arbeitsfragen in der allgemeinen Aussprache erörtert und Begriffe gezogen zwischen den Beamten der Industrie und denen der Eisenbahnverwaltung. Eine Gegenüberstellung des vorliegenden statistischen Materials ergab, daß im Rheinlande und Westfalen die Industrie höhere als die der Eisenbahnverwaltung sind. Dagegen ist das Verhältnis umgekehrt in Bayern, Württemberg, Niederschlesien, Preußen und Pommern. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Amorgauisation der Eisenbahn.

Gestern ist im Reichsverkehrsministerium der Organisationsauschuß zusammengetreten, um die Gutachten herbeizuziehen der Sachverständigen auch der Industrie zum Reichs-

Die Vereinigten Staaten von Europa

Die Konferenz in Cannes neigt sich ihrem Ende zu. Auch soll dort die deutsche Delegation gehört werden. Die Presse nimmt an, sie bringt positive Vorschläge mit und werde zu den Verhandlungen Wesentliches zu sagen haben. Da aber die Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands Cannes schon zum Wochenende verlassen wollen, ist die Selbstregierung bedenklich, daß man von den Deutschen nicht wesentliches oder Entscheidendes, auf keinen Fall irgend etwas Bestimmendes erwartet. Man wird sie anfragen, ihnen einige Fragen vorlegen und zur Zustimmung auffordern. In Falle von Meinungsverschiedenheiten werden sie auf die kommende Wirtschaftskonferenz in Genoa hingelenkt werden. So wird sich vielleicht nur ein „acte de presence“ handeln, von dem man sich einige Rückwirkungen auf die innerpolitische Lage Deutschlands vielleicht eine Milderung des Wirtschaftszustands erhofft.

Das Resultat der bisherigen Beratungen ist ein Defensivvertrag zwischen England und Frankreich. Die bisherige Entente wird damit zu einer amtlichen Verbindung der Länder erhoben. Es wird kein Bündnis, aber doch ein beinahe ein Bündnis, das die französische Forderung gegen einen deutschen Angriff schützt. Die Deutschen einen Angriff auf Frankreich machen könnte, ist unerfindlich. — Außerdem ist eine Wirtschaftskonferenz in Genoa nunmehr endgültig beschlossen worden, und eine Reduktion der deutschen Zahlungen.

Alles in allem endet die Konferenz demnach wie das vorhergesehen wurde, „wie warm und nicht wie das vorhergesehen wurde.“ Man hat aber mit diesen Mitteln wenigstens das eine erreicht, daß wichtige Entscheidungen hinausgeschoben worden sind. Herr Lloyd George hat überdies Zeit gefunden, dem gestrichelten Herrn Briand das Gesicht zu beibringen. Das Schauspiel geht zu Ende.

Aber ganz nebenbei, im Hintergrund, von der Öffentlichkeit unbemerkt, vollzieht sich ein Reaktionsprozess, der uns unmittelbar angeht. Ein Gedanke beginnt Gestalt anzunehmen, der vielleicht die politische Zukunft Europas zu beherrschen bereit ist, nämlich der Gedanke der „Vereinigten Staaten von Europa“. Die Vorkämpfer haben, den man in die politische Meinung hineingezogen hat, und an den sie sich anschließen sollten, nennt sich die „Internationale Wirtschaftsgesellschaft“, deren Sitz London sein soll. Die wichtigsten europäischen Mächte sollen Teilnehmer sein, dazu Japan, Barzin gerade Japan, ist nicht ersichtlich. Es spielen aufeinander abwechselnd, finanzministerliche Interessen Englands mit und man plant scheinbar so etwas wie eine Weltwirtschaftsgesellschaft m. b. H. Doch wollen wir die Pflicht unversiert lassen. Wenn es sich bei diesem Projekt der Grundgedanke der europäischen Wirtschaftsgesellschaft, der an sich auch politisch recht fruchtbar sein könnte.

Doch können wir von diesen Dingen vorläufig nicht ohne große Rücksicht forschen. Der Charakter dieses Plans ist nämlich der Wertig von Versailles und seine Grundlagen sind die 14 Punkte Wilsons. Der Gedanke selbst hat schon einmal die europäische Gedankenwelt beherrscht und sein Rauber soll noch einmal erprobt werden. Nur haben die Deutschen inzwischen einsehen gelernt, daß die Vertragsbedingungen nur vor sein werden. Das zur Förderung dieser Pläne betreffende Kompensationsobjekt ist das ehemalige Deutsche Reich. Es wird langsam und zielbewußt in seinen inneren Verbindungen gelöst und auseinander geschraubt. Zunächst werden die Rheinlande politisch abgetrennt. Wogegen es ist schon, wenigstens abgegriffen, Preußen, abgetrennt ist Deutsch-Schlesien, abgetrennt ist das westlich preussische und bedrückte Deutschland in den österrichischen Reichsteilen. Abgetrennt ist der Freistaat Danzig, das Memelgebiet und schließlich die deutschen Kolonien. Drei Grenzflüsse sind für dieses werdende Kompensationsgebiet wichtig. Der Rhein im Westen gegen Frankreich, die Oder im Osten gegen Polen, der Main in der Mitte als Scheidewand der Zentralmacht in sich selbst.

Damit könnte zunächst jeder den Frieden beherrschende Anspruch behauptet werden. Daneben ergäbe sich die Möglichkeit, die Brauchbarkeit des Gedankens experimentell zu betätigen. Das deutsche Volk hat den Beweis erbracht, daß es sich wie kein anderes zur politischen Selbstbestimmung eignet. Frankreich hat damit ein Ziel gesetzt, England hat Ruhe, und wir, so hofft man, werden uns bei besserer Erwählung, und wachsenderer Verhandlung, die nicht kostet, schließlich ebenso an unser Schicksal gewöhnen wie wir uns an den Friedensvertrag von Versailles gewöhnt zu haben gelnen. Man wird sogar unsere Mitwirkung herbeiführen. Und mit diesem politischen Erfolge würden wir freilich zu Bett gehen und morgen vernünftiger wieder aufwachen.

Wie gesagt, spricht man nicht öffentlich von diesen Dingen. Sie liegen in der Luft. Kleinere, dann größere

Einigkeit in unsere Hoheitsgebiete, in Sowjet- und Erwerbsverteilung, in Notenausgabe, in die Staatsbetriebe werden an die veränderten Zustände gewöhnen. Und eines Tages stehen wir vor vollendeter Realität, wobei uns nichts übrig bleibt, als uns an den Boden der gegebenen Lage zu stellen. Wir werden Realpolitik treiben. Man wird all dieses letztlich für einen Traum halten. Aber wir fragen: Leben wir nicht seit Jahren schon inmitten eines solchen Traumes? Gehört denn noch so viel dazu, um ein solches Gedulde zu schaffen. Und wäre es eine Grösst, ihm den Namen Vereinigte Staaten von Europa beizulegen? Sind wir nicht schon fast soweit? Die Grenze führt in der alten Politik fort, sie schreitet auf den Lehmann Mitteleuropas und diese Politik wird erst dann ihr Ende erreichen, wenn sie den deutliche Wille, in sich selbst in der flauen Erkenntnis der Grösstheit, geschlossenen aufzuklären beginnt. Davon sind wir aber noch recht weit entfernt.

Finanzangelegenheiten. Wie wir nun erfahren, ist die Frage, ob die Integration der Eisenbahn tatsächlich nur nach dem Entwurf des Reichsverkehrsministers erfolgen soll, noch nicht geklärt. In einschlägigen Kreisen der Industrie und des Handels vertritt man nämlich die Auffassung, daß gerade die Bedingungen von Ganges die Umgestaltung der Eisenbahn in ein Privatunternehmen bedingen. Seitens der Industrie werden demgegenüber neuerdings Vorwürfe in dieser Richtung ausgesprochen, die zwar nicht eine Überleitung der Eisenbahn in völligen Privatbesitz bedeuten, aber doch eine Umgestaltung in der Weise, daß die Eisenbahn mehr als durch das Reichsfinanzgesetz vom Staat abhängig und vom Betriebskapital beeinflusst wird.

Politische Rundschau

Politische Verhältnisse.

Wie wir von maßgebender Seite erfahren, ist bestimmt worden, daß die deutschen Beamten und Angestellten im neu-polnischen Oberbesitz solange auf ihren Beamten verbleiben sollen, bis politischerseits der nötige Erfolg geschaffen worden ist und bis dieser politischer Erfolg bewirkt, daß Polen in der Lage ist, den neu-polnischen Teil Oberbesitzes so zu befristigen, wie es jetzt seitens der deutschen Beamten und Angestellten der Fall gewesen ist. In politischen Kreisen schließt man nun, daß sich leicht herausstellen werde, daß die politischen Beamten und Angestellten nicht so zu stellen vermögen, was bisher von deutscher Seite gefordert worden ist, und daher seitens der Exzente der Schluß gezogen werden müsse, daß das neu-polnische Gebiet Oberbesitzes den Polen nicht ausgehändigt werden könne. Diese politischen Verhältnisse sind in einer großen Propaganda in Oberbesitzes ihren Ausdruck und darin, daß die Polen bemühen, deutsche Beamte und Angestellte zu bewegen, ganz in polnische Dienste zu treten.

Wohnungsfrage der Weimarer.

Die Verantwortungspflicht und Rücksichtspflicht, mit der die französischen Besatzungsstruppen deutsche Staatsgegend verpulvern, zeigen sich anlässlich des Wohnungsproblems in einer Stadt des neuesten Gebietes mit erschwerender Deutlichkeit. Der Oberbürgermeister von Offen erhielt von dem Mayor der Weimarer den direkten schriftlichen Befehl, bis zum 22. 12. abends im Offizierskasino einen für und fertig ausgearbeiteten Wohnungsplan aufzustellen. Dieser Plan für das Aufsuchen dieses Jahres müßte die Stadt eine Rechnung von rund 600 Mark belegen.

De. Ordebediente forderte für seine Wohnung außer einhundert Wäffeln und beträchtlichen Wäscheausstattungen zum 1. 1. 1921 ein 12 gewöhnliche Weingläser, 12 Weinbein-gläser, 12 Bordweingläser, 12 Champagnergläser, 12 Weingläser mit Flasche und eine Weintraube.

Während also im Deutschen Reich die bittere Not der Weimarer der Weimarer nur notwendig und unter großen Kostenaufwendungen gelindert werden kann, wird bei Reichsgewinnen, die verminderten Lebensbedürfnisse der Mittelschicht am Rhein zu befriedigen.

Die Grundbesitzfrage der Ausländer und die Bauzinsfrage.

Die Entwertung des deutschen Geldes reizt die Angehörigen der Länder hochgehender Wäutten zu Geldanlagen in Deutschland. Je stärker deutsche Bestimmungen und ausländische Gesetze die Ausfuhr billiger getaufter Waren hindern, desto mehr sehen sich die ausländischen Kapitalisten auf Grundbesitzfragen angewiesen. Um so verlässlicher stellen deutsche Bestimmungen hinsichtlich von Grundbesitzverkäufen vorzugehen. Die durch die Inflation bedingte gesteigerte Preisbildung der deutschen Grundbesitz begünstigt diese Ausländerinvestitionen noch besonders. Diese Erscheinung bekommt noch eine besondere erste Seite dadurch, daß sie sich als weiteres Symptom der Bauzinsfrage geltend machen dürfte. Denn nur ein kleiner Teil der Ausländer wird, wie in dem amtlichen Organ der Handelskammer Weimarer, Dortmund, Duisburg und Offen in einem Artikel von Dr. G. Danner (Duisburg) ausgeführt wird, können lassen. Gebaut werden von ausländischen Firmen in Deutschland Verwaltungsbüro für Banken, Handelsgesellschaften, Vermögensverwaltungen und möglicherweise einige Wohnbauten. Dahingegen wird das ausländische Kapital für die Bauzinsfrage im allgemeinen für die ersten Jahre geradezu wie ein Gemmaß wirken, denn die Erweiterungen des deutschen Grundbesitzes sind ja lediglich in postalischer Weise erfolgt. Mit der weiteren Entwertung des Geldes lassen die gestiegenen Sachwerte im Preise so bedeutend steigen, daß der Ausländer hierfür den weitaus größten Anreiz empfinden kann. Von noch größerer Bedeutung ist es, wenn man sich vergewissert, daß der Haus- und Grundbesitz in Deutschland zurzeit einen Wert von 70-80 Milliarden Mark besitzt, der, in die allgemeine Geldentwertung und die Wäuttenpopulation einbezogen, in wenigen Jahren auf mehrere 100 Milliarden anwachsen kann würde, die wiederum verzinnt werden müßten und in ihren gestiegenen Wäutten der gesamten Bevölkerung eine ungeheure Last auferlegen würde.

Deutschland gerät nämlich in eine neue Form fremder Schuldenhaftigkeit: die Verluste der fiktive deutsche Mark für deutsches gutes Land einzufahren, werden dazu beitragen, den Preis für Grund und Boden und Häuser auf eine Höhe hinaufzutreiben, gegen die die ganze bisherige sozialistische Weltanschauung vollkommen

magnum in der sog. Verwertungsfrage genügt uns zunächst, diese Kritik nicht zu hindern und den festgestellten Umständen in Bezug auf Ausgaben und Belastungen seiner Weise schlichter zu stellen als den deutschen Vorgesetzten. Die nicht aus Not erfolgten Verkäufe deutscher Werte werden nun natürlich einige Willkür der deutschen Geldes mehr in das Land hineindringen, sie können nur dadurch in Wäutten umgewandelt werden, wenn das Banken grundbesitzlich zu erleichtert wird, daß die kommende steuerliche Belastung nicht abermals gewaltige Vermögensanteile von den Besitzern abströmt. Wie weit aber sind wir noch von diesem Ziele entfernt!

Vom Sparkraus zur Gewerkschaftsbank.

Die vor wenigen Tagen stattgehabene Ausschussung des (sozialistischen) Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes besaß sich unter anderem auch mit der Gründung einer eigenen Bank. Man kam in der Sitzung noch nicht zu entscheidenden Entschlüssen, weil man die Genossenschaften hinzuziehen will. Es ist augenfällig, daß der (sozialistische) Allgemeine Gewerkschaftsbund damit nur den Spuren des (christlich-nationalen) Deutschen Gewerkschaftsbundes folgt. Dieser hat bereits eine Bank gegründet, die Deutsche Volksbank-Werke. Sie hat mit der Gründung einer Zweigstelle in Offen ihre Arbeit am 2. Januar praktisch begonnen. Die Absichten, die mit den Bankgründungen der Gewerkschaften verbunden sind, werden von der Deutlichkeit nicht wenig bekannt und darum haben die Verhältnisse, die durch den (christlich-nationalen) Deutschen Gewerkschaftsbund mehr bereits über Erwägungen hinweggeworfen sind, bisher nur geringe Beachtung gefunden. In dem soeben erschienenen Jahrbuch 1922 für denationalen Handelsgehilfen legt der bekannte Gewerkschaftler Paul Bröder in einem Aufsatz „Vom Sparkraus zur Gewerkschaftsbank“ offen dar, wie sich die Kaufmannsgehilfen die letzten Auswirkungen dieser Bankgründungen denken. Nachdem er erklärt hat, daß und wie die Arbeiternehmer — ohne sozialdemokratischen Tendenzen zu verfolgen — Widerstand an den Unternehmungen werden müssen und daß die nach diesen Verhältnissen erwachende Finanzanlage von der Gewerkschaftsbank geführt werden soll, geht er die damit neuerschaffene Lage in die Höhe auf: „Der alte Kampf des denationalen Handelsgehilfen-Verbandes um die Möglichkeit für den Handlungsgehilfen, wirtschaftlich selbständig zu werden, ist dadurch in ein neues Stadium getreten. Er ist von einem Kampf zum entlohnenden Frontalangriff geworden.“ Man kann gespannt sein, wie sich die Verhältnisse zu solchen Plänen stellen; man kann aber noch weniger daran zweifeln, daß die sozialistischen Kaufmannsgehilfen ihre geplante Bank ähnlich als gewerkschaftliches Kampf-mittel einzusetzen wollen; denn (und diese Ansicht müßte wir unbedingt gut finden) würde meint, daß eine bezweckte Bankgründung marxistischen Auffassungen überprüfe.

Aus Stadt und Umgebung

Wieder ein beschränkter Umfang unserer Zeitung.

Wie uns vom städtischen Gas- und Wasserwerk mitgeteilt wird, sind seit der vorerzählten Zufuhr von 1 Wagon Kohlen keine weiteren mehr eingetroffen. Infolgedessen kann heute noch Gas in demselben Umfang wie in den letzten Tagen abgegeben werden, aber wie es morgen wird. . . . Das liegt in der Hand der Öbster beim des zuständigen Kohlenkommissars. Diese höhere Gewalt zwingt uns auch zu der Bitte an unsere Leser, der wiederum notwendigen Beschränkung des Umfangs unserer Zeitung Verständnis entgegen zu bringen. Wegen eines unvorhergesehenen Umbaus hatten wir unsere der Kriegs-Geschäftsbüro angeschlossen, was dazu führt, da mit einer Wiederkehr derartige Verhältnisse nicht zu rechnen war. Wir hoffen, morgen wieder auf „kriegsmäßiger Höhe“ zu sein und mit einer unverkürzten Zeitung vor unseren geschätzten Lesern erscheinen zu können.

Weiteres Anschwollen der Saale.

* Infolge der eingetretenen schnellen Schneeschmelze führt die Saale Hochwasser. Die Bewohner des Neumarkts waren gezwungen, soweit noch nicht geflohen, Keller und Gärten zu räumen. Doch hatten vorübergehende Kartoffel-Vorräte durch das plötzlich hereinbrechende Wasser gelitten. In der Neuschauer Schanze war ein dort befindliches Barackenlosh am gestrigen Tage gesunken und nur mit größter Anstrengung konnte es gelassen und abgetragen werden.

Eine Renovation auf dem Gebiet der Wasserbetriebe.

Die durch Anordnung des Regierungspräsidenten vom 12. Dezember 1921 für den Regierungsbezirk Merseburg geschaffenen Wasserbetriebe sind bisher teilweise begrenzt und daher nicht vereinbart. Es ist sehr zu begrüßen, daß sie durch die Renovation für den ganzen Bezirk einheitlich geregelt wird. Die Zusammenfassung ist so gestaltet, daß eine Zentralstelle zur Bekämpfung des Wassers unter Leitung des Regierungspräsidenten eingerichtet ist (seit 15. Dezember 1921), die ihren Sitz in Halle bei der örtlichen Polizeiverwaltung hat. In diese Zentralstelle sind sämtliche Anlagen, die wegen Wassers im Bezirk erlitten werden, zu überweisen, nachdem sie, soweit es örtlich möglich ist, bearbeitet sind (Anschluß: An den Herrn Regierungspräsidenten — Zentralstelle für Wasserbetriebe — in Halle a. d. S., Polizeiverwaltung). Hier werden die Anlagen weiter bearbeitet und zur Bestimmung an die Bezirks-Prüfungsstelle und hierauf an die Streifenprüfungsstellen geleitet. Wichtige Fälle sind sofort telephonisch oder telegraphisch zu melden, ebenfalls sind Erteilung von Handbuchsbeschlüssen und das Ausprechen von Handelsverboten der Zentralstelle in Halle a. d. S. (Polizeiverwaltung) mitzuteilen. Wir betrachten diese Neuregelung als einen weiteren Schritt auf dem Wege, der wünschenswerten Ausbesserung des Publikums durch unzureichende Erzeuger und Händler erfolgreich entgegenzutreten.

Die neuen Gebühren für Wertpapiere.

* Die neuen Gebühren für Wertpapiere sehen sich zusammen aus 1. der Gebühr für gewöhnliche Papiere, 2. der Einreichungsgebühr von 2 Mark und 3. der Verifizierungsgebühr von 2 Mark für jede 1000 Mark Wert, mindestens aber 3 Mark. Die Verifizierungs- und Einreichungsgebühr zusammen beträgt hiernach für ein Wertpapier bis 1000 Mark Wert 5 Mark, über 1000 bis 2000 Mark 6 Mark und für jede weiteren 1000 Mark Wert 2 Mark mehr.

Ein Verweismotiv für die evangelische Schule.

* Am 15. Januar bis 15. Februar findet gleichzeitig in den verschiedenen Teilen des Reiches ein Verweismotiv für die evangelische Schule statt, um die evangelische Elternschaft in selbigen Elternvereinigungen überall da zusammenzuführen, wo dies noch nicht geschehen ist. Auch das Elternrecht und die Genossenschaftlichkeit evangelischer Eltern müssen die gebührende Berücksichtigung finden, zumal nach dem Erziehungsprogramm des Stuttgarter Kirchentages der gesamte deutsche Protestantismus in seinen offiziellen Vertretern aller Stufen und Richtungen einmütig die evangelische Schule fordert.

Wie man sich warm kleidet.

* Daß zwei Leinwandhemden, die man aufeinander trägt, besser wärmen als ein Flanellhemd, ist eine Tatsache, die nicht allen bekannt sein dürfte. Woher das wohl kommt? Würde ein Leinwandhemd von doppelter Dicke dieselbe Wärmeabstrahlung hervorbringen wie zwei dünne Hemden? Keinesfalls! Hier kommt ein Umstand in Betracht, der in der Luftdurchlässigkeit beruht, die bei nicht zu festem Zusammenanliegen der beiden Hemden die wärmende Wirkung eines dritten Hemdes hervorbringt. In der gleichen Weise wird die Erwärmung der Fäße bedeutend erhöht, wenn man unter dem wollebenen Strümpfen ein baumwollenes Strümpf trägt, selbst, wenn der baumwollene Strümpf nicht die sein sollte. Aus diesem Grunde ist auch die vorzügliche Wirkung von Fäßen und Ankleidern, Reißbänden und Mäffeln zu erklären. Lediglich diese Heiss darauf zu achten, daß Fäße, Unterleib und Halsgegend warm sind; freieren diese Stellen des Körpers nicht, so befindet sich der ganze Körper hinsichtlich der Erwärmung in erträglichem Zustande. Bei Schuhen achtet man in der kalten Jahreszeit auf Luftdurchlässigkeit gegen Fäße; Doppelsohlen, inwieweit mit Strohpapp, oder Fäße sind wie das die Oberseite ein vorzüglicher Schutz gegen strenge Kälte. Der Schuh darf nicht zu eng anliegen und muß den leichten Spielraum lassen. Außerdem achtet man darauf, daß die Lederschuhe der Sohlebrille und Kermel nicht zu weit sind, und daß der Körper an wärmeren Tagen wieder entsprechend einstellbar wird, um ihn nicht zu verunreinigen.

Ein Hund wider Tabak für wenige Mark.

* Seit alle Landwirte sind durchgängig stark Raucher, überläßt sie sich nicht ausgeben, legt folgendes Rezept entgegen: Man braucht jemand zehn Pfund zu 1,50 Mark das Stück, so beträgt die tägliche Ausgabe 15 Mark, die monatliche Ausgabe 450 Mark, die jährliche Ausgabe 5400 Mark. Durch die Geldentwertung liegt der Tabak immer mehr in Preisen, in man spricht sogar, daß er 1922 umgehört dreimal so viel kosten werde als bisher. Somit würde der Raucher je Jahr mit 16000 Mark Ausgaben allein für Zigaretten zu rechnen haben. Gedacht man der geringen Preise den Auslande zugute kommt. Doch kann der größte Teil dieser Summe eripiert und anderen Zwecken nutzbar gemacht werden, wenn der Raucher sich entschließt, seinen Tabak selbst anzupflanzen und eigenhändig zu ernten. Zwar haben viele, der Not des Krieges gehörend, dieses schon getan, sind aber davon wieder abgekommen, weil sie nichts mit dem geernteten Tabak anfangen konnten. Es fehlt ein geeignetes Verarbeitungsmittel, Tabak selbst in kleinen Mengen aus hochgehenden Preisen zu kaufen zu bringen und eine gute Marke zu erzielen. Die angebotenen Verarbeitungsmittel waren unvollkommen und nur Verwertungsgegenstände. Das von Tabakgenossen über in Stuttgart erdachte Tabakverarbeitungs hat hier oder vollkommenen Abhilfe geschaffen. Mit diesem Tabakverarbeitungs gelangt es jedem, aus seinem selbstgeernteten Tabak einen je nach gutem, mild und angenehm zu rauchenden Tabak herzustellen, der mittleren Unterbesitzer und dem aus bekannten Tabakfabriken kommenden in nichts nachsteht. Die Anwendung des Tabakverarbeitungs ist sehr einfach. Die notwendigen Zutaten werden unter Anwendung des Verzeichnisses mit Tabak selbst sehr einfach in eine Röhre gepackt und diese acht Tage lang in einem warmen Raum oder in der Sonne getrocknet. Der nach dieser Zeit entnommene Tabak ist rauchfertig und besitzt obige Eigenschaften. Tabak früherer Ernte, der also länger gelegen hat, beunruhigt geistige Funktionen. Selbst im Handel gefasste, schlecht schmeckende und brechende Raucherware wird durch Tabak selbst mild und angenehm schmeckend. Unter Verwendung feinsten Anstoffs kostet ein Pfund selbstgeernteter, in 2-3 fertiger Raucherboxen über bis fünf Mark. Die Verarbeitung des Weimarer Landbundes in Weimarer, Weimarer, verleiht gegen Einsetzung des Weimarer Landbundes Futtermittel: jetzt größere Teil. Behandlung letzter und früherer Ernte, im Frühjahr erster Teil. Anpflanzung, Düngung, Ernte usw. Von der genannten Verarbeitungsmittel kann auch das Tabak selbst bezogen werden.

Verordnung des Kaufmännischen Vereins.

* Der Kaufmännische Verein hielt gestern im „Hotel“ seine Monatsversammlung ab. Hauptbesprechungsgegenstand war die unzureichende Veranlagungshöhe des Aufschusses der Gewerbesteuerklasse I für den Regierungsbezirk Merseburg in Magdeburg. Besonderen Anstoß hatte eine Stelle in dem Bescheid des Aufschusses erregt, in dem es heißt: . . . Wahrscheinlich ist der wirklich erzielte Betrag noch höher. Weitere Erfindungen bei Zinsen können wegen der großen Verlastung mit den noch zu fertigenden Veranlagungsarbeiten 3. J. nicht eingezogen werden. . . . Die Handelskammer hat daraufhin ein Schreiben an das Finanzamt Magdeburg gerichtet, in dem sie entgegengesetzten dagegen Veranlagung einlegt, daß das Finanzamt des gesamten Handelslandes an amtlicher Stelle auch in dieser Weise herabgesetzt wird. Der Steueransatz habe kein Recht, die Möglichkeit bei den Steuerpflichtigen mit größter Sorgfalt hergestellten Einkünften auf ganz unbestimmte Vermutungen hin zu veranschlagen und dann zu schätzen. Im Anschluß hieran sei darauf hingewiesen, daß Steuerpflichtige die ihnen von Magdeburg zugewiesenen Gewerbesteuerveranlagungsscheine auf ihre Möglichkeit hin nicht nachprüfen haben, in der Annahme, daß alles, was von einer Behörde kommt, richtig sein müsse. Es empfiehlt sich daher für jeden, der nachträglich eine zu hohe Veranlagung feststellt, eine Beschwerde an den preussischen Finanzminister zu richten und aus Billigkeitsgründen um Erstattung der zu hoch veranlagten Steuern zu bitten.

Wäutten.

* Zum ersten Male seit dem Kriege treten unsere Brauereien wieder mit Wäutten auf den Plan und zwar in einer Qualität, die den Beifall aller Biertrinker finden

Starbier ist's, eingebracht mit dem gepreßten zugefassenen höchsten Prozentfuß, und daß unsere Brauereien sich erfolgreich bemühen, mit diesem „Brot“ etwas Besonderes zu bieten, dafür werden Ihnen alle Verehrer des Gambrinus dankbar sein.

Zeit wird viel geleimt.

Wenn nach der spenden Weihnachtszeit kommt ganz nach der Regel die Demotagezeit. Der kleine Knabe hat ein großes Vertrauen in die Solidität des ihm geschenkten Bieres, daß er ganz klar glaubt, er könne es auch zu seiner Heilungsfähigkeit, zu welcher er schon in der frühesten Jugend als künftiger Krieger seine oberen Gliedmaßen auszubilden sich beibringt, nämlich zum Hauen und Schlagen gebrauchen. Natürlich fehlt bald dieser oder jener Körperteil, und selbst den Wuppen der Mädchen ist oft in kurzer Zeit ein Bein amputiert worden. Schach nicht immer sind es die kleine Hebelkräfte, welche die Schuld trifft. Meistens taugt in der Jugend (und es wird von Jahr zu Jahr schlechter) der Wein nicht. Die Massenfabrikation, der Druck der Konkurrenz, der schlechter Arbeit. Die Eltern ärgern sich nicht nur über die Zeimner der schönen Pfeifen, sondern auch über die sich lösenden neuen Stühle, über die herabfallenden Stiefelchen an guten Schränken und dergl. Um besten ist es, hat der Hausvater handelt nach dem Grundgesetz, „Selbst ist der Mann“ und stellt eigenhändig, wo er kann, Raschheit muß er aber nicht wieder schrecken, sondern guten Wein nehmen. Dies macht wiederum nötig, daß der Wein unterworfen kann. Der gute Wein zeichnet sich aus durch große Ergiebigkeit, harte Aderkraft und Reinheit der beimischen, welche letztere man am Glanze und anhaltender Durchsichtigkeit erkennt. Die Farbe ist gelbblich bis bräunlich. Der einfachste Weg, das einfachste Verfahren der Güte ist die Menge Wasser, welche er in sich aufnimmt, bevor die gewünschte Weinmenge in der richtigen Verbindung entsteht. Je reiner und bläuer die Weinlösung ist, desto mehr Wasser hat er nötig, also desto besser ist er. Unter Wein vermag nicht weniger als das 6- bis 10fache seines Gewichtes im trockenen Zustande aufzunehmen. Will man die Wassermenge erfahren, so wägt man einfach den Wein im trockenen Zustande, läßt ihn dann in Wasser mit 10 bis 15 Grad 24 Stunden lang quellen und wiegt die Masse dann wieder. Der Gewichtsunterschied ist natürlich das hinzuzunehmende Wasser. Auch der Geruch ist bei dem Reime kein unangenehmer. Bei der Benutzung bringt man den gewässerten Wein auf eine Hitze von 50 bis 60 Grad. Gelegentlich oder häufig nimmt der Weinabsatz einen Zeit Teil Hindernis.

Veranstaltungen und Veranstaltungen.

Der Verein zur Abwendung der Gefährdung veranstaltet zur Feier seines zehnjährigen Bestehens am Sonnabend den 14. d. M. im Neuen Schützenhaus abends 7 Uhr einen Festball.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Stadterweiterung in Halle.

Halle a. S., 10. Januar. Die geistige Erleuchtung der Stadterweiterung war wieder eine Dankagung, sie umfaßt um 8 Uhr abgeschlossen werden. Der bisherige Bestand wurde ohne Veränderung in seinen Grenzen beibehalten. Die Magistratsvorlage über Erlegung einer Schadloshaltung für die Veräußerung der Stadt wird nach mehrstündiger Aussprache mit 31 gegen 30 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmen die drei Linksparteien und Prof. Dr. Lange von den bürgerlichen Stadtverordneten. Ferner stimmte die Beiratskommission einer Erhöhung der Schatzungsgebühren um 100 Prozent zu und billigte die Beschließung von 1274 548 Mark für die nächsten Haushaltsjahre. „Aberkündigung der Stadt“ und „Freie Baukunst“ für das Jahr 1920. Für Erlegung der Stadterweiterungs wurden 40 000 Mark nachgeschickt, von dieser Summe sollen die Erhebungen der Steuern bestritten werden. Der Jahresbeitrag des bürgerlichen Stadterweiterung für 1920, der einen Betrag von 7450 827,12 Mark umfasst, wird genehmigt, dagegen wird der Antrag der Mitteldeutschen Bauzentrale G. m. b. H. Halle auf Beteiligung der Stadt an der neu zu gründenden Baustätten-Verwaltung G. m. b. H. Halle gegen die Stimmen der bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt.

Aus Provinz und Reich

Der rasende Roland.

Wienburg, 11. Januar. In einem Lobhudeleinfälle sollte nachmittags ein hiesiger junger Mann durch die Straße, geradlos Schaufenstergehenden und mitgehenden Leute, bis die Polizei Halt gebot.

Millionenspendung der Stadt Leipzig.

Leipzig, 6. Januar. Der Rat der Stadt Leipzig bewilligte 6 Millionen Mark zur Errichtung eines neuen Wasserversorgungsamtes, sowie 4 200 000 Mark zur Beschaffung von Elektrizitätsanlagen. Um diese Summe aufzubringen, wozu die Steuererhöhung immer härter angezogen werden. So sollen u. a. die Gebühren für die Reinigung der Straßen, anstatt 100 vorgegeben, auf das Vierfache auf das Sechsfache des bisherigen Betrages erhöht werden.

Der Mord in der Nordstraße zu Leipzig.

Leipzig, 10. Jan. In mehrtägiger Verhandlung verurteilte das Leipziger Schwurgericht gegen den 23 Jahre alten Landwirtschafflichen Willy Baumann aus Gera, der der Ermordung zum Mord an der Geschäftslehre in Gera am 28. März 1920 angeklagt war. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der Mord zum Mord schuldig. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Zuchthaus, sechs Jahre Ehrenverlust und Stillfähigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ausland in der hiesigen Blumenindustrie.

Freuden, 12. Januar. In der Zehniger Blumenindustrie sind etwa 2000 Personen wegen Lohnstreikigkeiten in den Anstand geraten.

Abermals drei verheiratete Landdiebinnen verhaftet.

Berlin, 10. Jan. In einem Warenhaus in Berlin-Adlonberg sind gestern durch die Aufmerksamkeits einer Be-

Letzte Depeschen

Rathenau's Angebot in Cannes.

200 Millionen Goldmark für die beide nächsten Raten.

Cannes, 12. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat gestern die deutsche Delegation über die drei Fragen in dem Briefe der Kommission vom 16. Dezember 1921 gehört, nämlich darüber, 1. welche Zahlungen Deutschland vom 15. Januar und 15. Februar letzten zu zahlen glaubt, 2. über den Zahlungsmodus des Restbetrages und 3. über die für die Zukunft zu leistenden Garantien. Rathenau legte zunächst das Verlangen der deutschen Handelskammer und die daraus folgenden Schwierigkeiten der Debitenbefreiung dar. Sodann erklärte er, zum 15. Januar und 15. Februar könne Deutschland nicht mehr als zusammen 200 Millionen Goldmark zahlen und zwar in Raten von 80, 90 und 30 Millionen. Einmal die Garantien, die die Alliierten forderten, könne Deutschland annehmen. Rathenau forderte zum Schluss, um Obersten Rat gehört zu werden. Diejenige Wunsch soll heute nachgekommen werden.

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 12. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Der Dollarkurs heute mittig 12 Uhr 181,5.

Polen fordert das Liquidationsrecht.

Paris, 12. Jan. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Warschau soll die polnische Delegation in Oberösterreich durch Cabinetschef des Warschauer Regierung angezogen sein, seine Vereinbarung zuzustimmen, die der polnischen Regierung das Recht nehme, das deutsche Vermögen in Oberösterreich zu liquidieren.

Sollte diese Maßregel aufreizen, so würden die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen in ein kritisches Stadium treten, denn Deutschland würde nicht in der Lage sein, einen Vertrag zu schließen, der Polen das von ihm beanspruchte Liquidationsrecht einräumt.

Ablehnung des deutschen Sanktionsprojektes.

Wien, 12. Jan. Der Völkerverbund hat am Mittwoch den Protest der deutschen Regierung gegen die Schaffung einer besonderen Sanctionskommission durch die Regierungen der Kommissionen des Saargebietes abgelehnt.

Immer wieder drei Landdiebinnen verhaftet worden. Die drei Diebinnen, von denen eine die Frau eines Stadtrates ist, haben die Diebstahlsgeheimnisse ausgeführt. Sie stahlen vor allem Damenerkleidung, Röcke und Blusen, die sie unter ihren eigenen Kleidern verbargen.

Der Herr mit dem Sammeltragen.

Berlin, 6. Januar. Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich an einer Straßenbahnfahrt nach Neukölln. In einer Kurve wurde ein auf dem Hintereisen sitzender Herr der Bahn oben eine Zigarette angesetzt, welche gegen die anderen Fahrgäste geschleudert. Die umherfliegenden Funken der Zigarette fielen auf einen Herrn, der einen sogenannten „Sammeltragen“ trug. Im selben Moment entzündete sich der Kragen und lag rings um den Hals des Betroffenen eine Feuerzange aufklammern. Mit stürzenden Brandbäumen am Hals und Arm, mit verzögerten Augen und Barthaaren magte der Verwundete von einigen Fahrgästen nach einer Rettungsstelle gebracht werden, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

Der Meisterfischer vom Kurfürstendamm gefahren.

Berlin, 10. Jan. Der bei seiner Beschäftigung angestrichelte Meisterfischer vom Kurfürstendamm Bay ist seinen Belegungen am Montag ergriffen.

Das Finanzwesen auf der Mitteldeutschen Versammlung 1922 in Magdeburg.

Magdeburg, 10. Januar. Auf Veranlassung des Reichsfinanzministers trat in Magdeburg unter dem Vorsitz des Präsidenten des Landesfinanzamtes, Wilh. Geh. Oberregierungsrat Dr. h. c. Schwarz, ein Ausschuß zusammen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Finanz- und steuerwirtschaftlichen Problemen der Gegenwart auf der Wahrung die nötige Beachtung und Würdigung im Rahmen der Umstellung gelangt. Auch das Wohlwollen soll nicht unerwähnt bleiben die Kriegs- und Reparationskosten der Durchführung des Finanzbedarfes für das Reich, die einzelnen reichsbedeutenden Staaten und die Kommunen. Als Ergänzung ist eine Verantwortlichkeit des Schuldensandes - Aufbringung der Mittel und - anzufragen. Das Geldwesen an sich wird infolgedessen besonderes Interesse erwecken, als neben anderem eine rechtzeitige Notgeldsammlung zur Ausweitung gelangt. Auch das Verweilen soll nicht unerwähnt bleiben, wobei die für das Wirtschaftsleben so schädliche „wilde Spekulation“ getriggert wird. Schließlich soll das Verhältnis der Provinzen Sachsen und Anhalt zum Reich in Bezug auf ihre Steuern und Schulden ebenfalls Berücksichtigung finden.

Der Mord an dem Eisenbahner Bahner.

Berlin, 8. Januar. Die Tochter des Eisenbahners Bahner aus Berlin-Buchholz, die vierzehnjährige Christlein Elisabeth Bahner hat jetzt eingehenden, ihren Vater erwidert zu haben.

Die Vorgänge in Sonnenburg.

Berlin, 12. Jan. In den Meldungen einer Korrespondenz über Vorgänge in der Strafanstalt Sonnenburg wird dem amtlichen Preussischen Presse-Dienst von zuständigen Stelle geschrieben: Dem Ausgangspunkt bildete der gemeinsame Überstand, den fünf Gefangenen ihrer Unterbringung in Einzelhaft entgegensteht, jedoch sie zungangsweise getrennt werden mußten. Der Verfall wurde zusehends und angeordnet unter dem Namen bekannt. Dies führte zu einer Aufregung der ersten Teile der Gefangenen. Die Arbeit ist jedoch schon am Montag wieder aufgenommen worden. Die von der Aufsichtsbühne vor-

nommene Unterjüngung der angelegenen an Ort und Stelle hat bisher nichts ergeben, daß Beamte ihre Befugnisse übergriffen haben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Folgen der Grippe.

Wilmers, 10. Jan. Wegen fortgesetzender Verbreitung der Grippe in der Stadt Wilmers sind für die hiesigen Schulen die Ferien um vorläufig eine Woche verlängert worden. Auch das Saalfeld wird ein weiteres Annehmen der Grippe gemeldet.

Beim Rangieren gefeiert.

Witten, 10. Jan. Gestern wurde beim Rangieren an der Zugkuppelung der hiesige Zugführer Richard Pätz auf dem Bahnhof gefeiert. Eine beim Rangieren stark aufgefahrene Lokomotive brachte den Zug ins Rollen, dessen Köpfe über Pätz und den Schaffner Jakiel hinweggingen. Jakiel kam mit erheblichen Verletzungen noch lebend davon.

Von dänischen Grenzposten erschossen.

Hensborg, 1. Jan. Nach Meldung des „A. A.“ aus Hensborg wurden nördlich der Stadt beim unerlaubten Überqueren der dänischen Grenze ein Kaufmann Alfred Strume nach Aufruf von einem dänischen Grenzposten erschossen. Sein ihn begleitender Bruder wurde festgenommen.

Die Eitelochter erschossen.

Wien, 10. Jan. In Niederlangenau, Kreis Gmünd, hat der Bergmann Jakob Schmidt während eines Streikes eine 16 Jahre alte Eitelochter Elfa Schmidt erschossen und dann sich selbst durch einen Schuß getötet.

Der neue Kölner Regierungspräsident.

Köln, 10. Jan. Die bereits angekündigte Ernennung des Landrats des Kreises Soltau-Land Dr. Siegmund Graf v. Helmreich zum Regierungspräsidenten in Köln, ist laut „Kölnischer Volkszeitung“ nunmehr erfolgt.

Zugunglück an der deutsch-schlesischen Grenze.

Wrag, 10. Jan. Der Personenzug Rostau-Oberberg ist nach der Dittmannsdorf-Tepia infolge Gleisüberengung entgleist. Drei Wagen sind über den Damm gestürzt. Der Personenzug verkehrt wird durch Umfragen aufgeschoben.

Zufuhrverhältnisse in der Ukraine-Slowakei.

Wrag, 10. Jan. Die Flugplanaktion Wrag wird im Februar auf den Linien Wrag-Berlin und Wrag-Warschau den Verkehrs wieder aufnehmen. Eine neue Flugpost-Verbindung wird sie in der Linie Wrag-Budapest bis Konstantinopel und Wrag-Beizig-Berlin in Betrieb nehmen.

Feuerschiff in einem Dorf.

Amstern, 11. Jan. Den „Amstern. Nachr.“ zufolge sind in dem Marktort Doo bei Amstern 20 Häuser einem Brand zum Opfer gefallen und dadurch 35 Familien obdachlos geworden.

Explosion in einem rumänischen Marinearsenal.

Galatz, 10. Jan. Durch eine Explosion im Marinearsenal wurden fünf Personen getötet und sechs verletzt. Außerdem wurde bedeutender Sachschaden angerichtet.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Devisen schwanken.

Berlin 11. Januar. Die schwache Markabweisung aus New York veranlaßte im heutigen Vormittagsverkehr härtere Nachfrage nach Devisen und fremden Zahlungsmitteln, ohne daß es jedoch zu größeren Umsätzen kam. Der Dollarkurs mußte als auch die übrigen fremden Währungen waren daher in den Vormittagsstunden in härterem Umfang gefragt. Dollarkurs erreichte gegen 10 Uhr einen Stand von 178-179 Mark. In Verlauf der Börse haben die Kurse auf größere Absinken hin wieder nach, und gegen 1 Uhr wurde der Dollarkurs mit 175 Mark geteilt. Die hierunter ausländischen Devisen wiesen sich der schwachen Bewegung des Dollarkurs. Holland wurden mit 6500 Mark, London mit 745 bis 750 und Kabel New York mit 176 Mark, genannt. Von hiesigen Devisen waren die reichlichen Noten mit 3 Mark am meisten gefragt. Die Noten hielten sich auf 6,40 und rumänische Noten auf 140,25 Mark, ungarische Noten auf 27,50 Mark, griechische wurden mit 8,50 bis 9 Mark genannt.

Berliner Getreide vom 11. 1. 22.

Witter: Die Marktlage ist unverändert fest bei reger Nachfrage. Die heutigen amtlichen Notierungen sind: Einheitspreis der Weizen incl. Feß frei Berlin la. Qualität Nr. 42; Ia Qualität Nr. 38-40, abfallende Ware Nr. 30-33. Margarine: Stilles Gelfisch. Schmalz: Vorkauf durch den starken Rückgang der Devisen zu Anfang der Woche, erlitten auch die Schmalzpreise eine erhebliche Einbuße. In verkehrsbegünstigten Preisen fanden jedoch keine Umsätze statt. Bei der Befreiung der Devisenmärkte wog die Devisenpreise wieder an. An der Chicagoer Börse war die Tendenz für Schmalz fest, und wurden die Nachfrageerfordernisse erhöht. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Standard Nr. 21,75, Bare Bar in London Nr. 23,50, Bare Bar in Klein. Padung Nr. 23,75, Berliner Wattenstandard Nr. 23,50. S. p. c. d. bessere Nachfrage. Amerikanischer gelber Weizen Nr. 22-25, je nach Größe.

Vom Getreidemarkt.

Die Schwanenmarkt am Devisenmarkt machten sich auch erneut am Getreidemarkt bemerkbar. Während der Getreide bis her noch ruhig war, ist die Nachfrage zur Zeit ruhig. Ab Lager wärmerer Notizen pro Pfund: Weizen Januar 21 Mark, gemahlen 22,50 Mark, weiß ganz 34 Mark gemahlen 35,50 Mark. Weizen 68 Mark, Rindfleisch 80 bis 85 Mark, Vanille-Bourbon 500 Mark, D. Zohit 300 Mark, Ämmerl deutscher 16,50, holländischer 19 Mark.

Berliner amtliche Notation: Weizen incl. und prov. Zoll Dr. 42,00. - Sport: M. Hohlmeier. - Anzeigen: S. W. - Druck und Verlag: Weissenburger Druck- und Verlagsanstalt 2. B. B. B., sämtlich in Weissenburg.

Die heutige Nummer umfasst 4 Seiten.

